

# Trumps verhängnisvoller Nationalismus



RICHARD EBELING \* • Februar 2017

**K**aum hatte Donald Trump seine Hände von der Bibel genommen, auf welche er den präsidentialen Eid geleistet hatte, die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika zu erhalten, zu schützen und zu verteidigen, begann er auch schon damit, die Stossrichtung der US-Regierung radikal und schnell zu transformieren. Bereits hat er eine Reihe von präsidentialen Verfügungen unterschrieben. Einige von ihnen, obwohl sie offensichtlich unterschiedliche intrinsische Qualitäten innehaben, sind kennzeichnend für die Prämissen und Prinzipien, die Donald Trump in einer Vielzahl seiner Entscheidungen leiten werden. Die eingeschlagene Richtung lautet: politischer und ökonomischer Nationalismus.

Einer dieser präsidentialen Verfügungen hat zum Ziel, dass sich die Vereinigten Staaten von sämtlichen Absichtserklärungen zurückziehen, wonach das Land in einer transpazifischen Partnerschaft (TTP) partizipieren würde. Diese Partnerschaft beabsichtigte, Handelsbarrieren unter zwölf Ländern abzubauen und erlegte den partizipierenden Nationalstaaten zu diesem Zweck einige spezifizierende Anforderungen auf.

Eine andere präsidentiale Verfügung ordnete eine Beschleunigung der Bewilligung und der Errichtung der Keystone-Pipeline und der Dakota Access-Pipeline an, um den Transport von Rohöl von Kanada zu Ölraffinerien näher an der Golfküste zu ermöglichen.

Auch autorisierte Trump die Errichtung einer von ihm versprochenen Mauer entlang der US-mexikanischen Grenze und die Aufstockung des Personals für die Bewachung dieser Grenze.

Zuletzt ordnete er an, dass Einreisende und Flüchtlinge aus sieben Ländern temporär nicht mehr in den USA aufgenommen würden, da diese ein Sicherheitsrisiko für die Bürger der Vereinigten Staaten darstellten. Diese letzte präsidentiale Verfügung stiess auf besonders grosse Opposition und wird kontrovers diskutiert.

## Definition des ökonomischen Nationalismus

Was diese Verfügungen miteinander gemein haben, ist die Hingabe an eine Ideologie des politischen und ökonomischen Nationalismus. Wie definiert man eine solche Ideologie? Wir könnten vielleicht eine Definition des Schweizer Ökonomen

---

\* Der Autor ist Professor für Ethik und freies Unternehmertum an der militärischen Universität The Citadel (USA) und Mitglied des Akademischen Beirats des Liberalen Instituts.

William Rappard verwenden. In seinem Essay mit dem Titel «Ökonomischer Nationalismus», den er 1937 verfasst hatte, also in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, in der ein aggressives nationalistisches Credo vorherrschend war, schrieb Rappard:

Nationalismus ist die Doktrin, welche die Nation als obersten politischen Wert definiert. Dies bedeutet, die Nation wird über das Individuum, über die regionalen Einheiten und über die internationale Gemeinschaft gestellt. [...]

Wenn wir ökonomischen Nationalismus aufgrund der ihr zugrundeliegenden Absichten definieren wollen, so müssen wir sagen, dass es sich um eine Doktrin handelt, die der Nation dient – nicht indem sie sie reicher macht, sondern freier von ausländischen Einflüssen. Ökonomischer Nationalismus ist also die Strategie nationaler Selbstgenügsamkeit. [...]

Erstens versucht der ökonomische Nationalismus, den Verbrauch der Nation jener Güter zu begrenzen, die die Früchte seines eigenen Bodens und seiner eigenen Arbeit sind. [...] Zweitens versucht ökonomischer Nationalismus die inländische Produktion von jenen Gütern zu fördern, welche die Nation am dringendsten gebraucht. [...] Wenn sich diese Bemühungen schliesslich als erfolglos herausstellen, [...] wird ökonomischer Nationalismus drittens dazu führen, dass es als angemessen erachtet wird, neue Territorien zu erobern – entweder in Form von Annexionen benachbarter Staaten oder in der Gestalt des Kolonialismus.

Da kein Mass der Beschränkung der Einfuhr, der Stimulierung der heimischen Produktion und der territorialen Ausdehnung unter heutigen Bedingungen eine Nation völlig autark machen kann, versucht der ökonomische Nationalismus viertens eine positive Handelsbilanz zu sichern. [...] Hier wird die Politik in sich widersprüchlich. Konkurrierende Wirtschaftsnationalismen müssen letztlich zwangsläufig miteinander in Konflikt geraten.

Um eine günstige Zahlungsbilanz zu sichern, muss ein Staat, der von dieser Doktrin beherrscht wird, unweigerlich versuchen, seinen Nachbarn jene Behandlungen zuzufügen, gegen die er sich schützen will. Wenn alle Länder bestrebt sind, ihre Exporte zu erhöhen, ihre Einfuhren zu beschränken, Kapital und ausländische Touristen anzuziehen, Fremdkredite zu verbieten und Reisen ins Ausland zu entmutigen, ihre Schiffs-, Banken- und Versicherungsdienstleistungen über ihre Grenzen hinaus auszudehnen und sie zu Hause zu monopolisieren, sind Streit und Chaos zwischen Nationen das unausweichliche Ergebnis.

Unvermeidlich in diesem Streben nach politischem und ökonomischem Nationalismus ist «die Unterordnung des Individuums unter den Staat», wie William Rappard betonte.

## Trumps Unwissenheit über den Aussenhandel

Nun ist die Welt, in der wir heute leben, zum Glück noch nicht von den schrecklichen nationalistischen Umständen der 1930er Jahre betroffen, als Rappard seine Definition des ökonomischen Nationalismus im Kontext der hyperkollektivistischen Epoche, in der er lebte, aufstellte.

Dennoch kann man die Art, wie Donald Trump innere und auswärtige Angelegenheiten beurteilt, in dieser ideologischen Gattung wiedererkennen. Gemäss seiner Weltanschauung sind internationale Interaktionen ein Nullsummenspiel. Dies zeigt sich deutlich in seiner Behauptung, wonach die USA von anderen Nationen mit diversen Handelsgeschäften ausgenützt würden. Ob nun mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) oder mit der vorgeschlagenen TPP-Vereinbarung: In Trumps Augen «zerstören» andere Nationen den amerikanischen Produktionsstandort, «stehlen» amerikanische Arbeitsplätze, «schwächen» den amerikanischen Lebensstandard und «nützen» die amerikanische Offenheit bezüglich Handel, Investitionen und Migration «aus».

Mit Beharren weist er darauf hin, dass jedes Handelsbilanzdefizit, das in Handelsbeziehungen mit anderen Ländern erlitten wurde, ein Gewinn anderer Nationen auf Kosten Amerikas gewesen sei. Deshalb müssten die USA bilaterale Abkommen mit jedem einzelnen anderen Staat eingehen, in welchen Wert darauf gelegt wird, dass das Handelsbuch Amerikas ausgeglichen sei. Dies ist nicht nur ein Rückgriff auf merkantilistische Ideen der Vergangenheit. Auch vergisst Trump in seiner Fokussierung auf die Handelsbilanzen zwischen einzelnen Ländern, das übergeordnete Handelsbuch zu betrachten. Nicht einmal die Merkantilisten des 17. Jahrhunderts waren solche wirtschaftliche Analphabeten.

Viele Konservative und einige Liberale preisen die an sich gute Entscheidung Trumps, die Keystone-Pipeline voranzutreiben oder sein Versprechen, die steuerlichen und regulatorischen Belastungen für amerikanische Unternehmen zu reduzieren. Aber die Frage lautet doch: Warum wird er diese wirtschaftspolitischen Änderungen vorschlagen oder umsetzen? Ist der Grund tatsächlich, dass er glaubt, dass die Regierung die Individuen grundsätzlich frei leben lassen sollte und diese ihr persönliches Leben eigenverantwortlich gestalten sollen dürfen?

Dies ist offensichtlich nicht der Fall. In Telefongesprächen und Treffen mit Führungskräften vor und nach der Übernahme der Präsidentschaft, forderte Trump, dass diese ihre Produktionsstätten in den Vereinigten Staaten zu halten hätten und beharrte darauf, dass sie sich auf die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen in Amerika für amerikanische Arbeitnehmer konzentrieren sollten. Er drohte zudem schwere finanzielle Sanktionen für jedes Privatunternehmen an, das versuchen sollte, aus den Vereinigten Staaten wegzuziehen und Waren, die ausserhalb des Landes produziert werden, wieder zu importieren.

Trumps Vision ist nicht jene der individuellen und wirtschaftlichen Freiheit. Nein, es ist das kollektivistische Ideal einer politisch bestimmten «nationalen Grös-

se», zu welchem alle Amerikaner beitragen sollen – wenn nicht freiwillig, dann eben durch die fiskalische und regulatorische Hand des Staates.

Trumps Wunsch, die Keystone-Pipeline zu errichten, entstammt seinem Anliegen, wonach die USA «energieunabhängig» werden sollten. Unternehmenssteuern sollen gesenkt und Vorschriften reduziert werden, damit Unternehmen grössere Flexibilität und mehr finanzielle Möglichkeiten haben, in Amerika zu investieren und «gute Arbeitsplätze» für Amerikaner zu schaffen. Die erstrebenswerten Tatsachen, dass Unternehmen mehr von ihren Einnahmen behalten dürfen und die regulatorischen Hürden abgebaut werden, sind lediglich Mittel eines politischen Ziels, der Wiederherstellung der «amerikanischen Grösse».

Wenn Trump morgen beschliesst, dass «die Wiedererlangung amerikanischer Grösse» neue Regulierungen oder neue steuerliche Belastungen für die Unternehmen und die amerikanischen Konsumenten erfordert, dann müssten die Individuen die regulatorischen und steuerlichen Lasten tragen.

Das ergibt sich auch aus Trumps Exekutivbeschluss betreffend Mauerbau an der US-mexikanischen Grenze und deren Bezahlung. In seiner Vorstellung kommen kulturelle und soziale Gefahren sowie Verdorbenheit über die Grenze aus Mexiko. Deshalb müsse er das amerikanische Volk vor diesen hereinströmenden Bedrohungen schützen.

Entgegen all seiner Aussagen, wonach Mexiko für den Bau der Mauer zu bezahlen habe, werden es letztlich die amerikanischen Steuerzahler sein, welche die Kosten zu tragen haben. Sie sind diejenigen, die besteuert werden müssen – entweder durch Steuern in der Gegenwart oder durch Steuern in der Zukunft, wenn geliehene Dollars (zuzüglich Zinsen) zurückbezahlt werden müssen. Der Vorschlag, eine 20-prozentige Einfuhrsteuer auf mexikanische Waren zu erheben, ändert nichts an diesem Befund. Importzölle erhöhen die Kosten für die Beförderung dieser Waren auf die amerikanischen Märkte und werden sich in höheren Preisen der amerikanischen Verbraucher widerspiegeln, zuzüglich einer wahrscheinlichen Verringerung der Mengen und Qualitäten von mexikanischen Waren, die dann für die Einfuhr in die Vereinigten Staaten rentabel sein werden. Es sind also die Interessen und Wünsche der einzelnen amerikanischen Verbraucher und Importeure, die für das angeblich höhere Gut der wiederhergestellten «nationalen Grösse» geopfert werden.

## Opferung der Individuen auf dem Altar der «Nation»

Der neuste Beschluss über die Beschränkungen für Flüchtlinge oder Immigranten aus einer (willkürlichen) Vielzahl mehrheitlich muslimischer Länder tragen dieselbe Handschrift des nationalen Kollektivismus. Wenn Einzelpersonen aus den betroffenen Ländern bereits eine Einreiseerlaubnis haben, ihnen die Einreise in die Vereinigten Staaten aber verweigert wird, dann werden jene individuellen Bedürfnisse geopfert zugunsten des von der Regierung bestimmten «nationalen Interesses» der Vereinigten Staaten.

Wenn es einigen amerikanischen Unternehmen aufgrund dieser neuen Bestimmungen schwerfallen sollte, auch weiterhin talentierte und qualifizierte ausländische Arbeitnehmer zu beschäftigen oder zu behalten, beispielsweise in der High-Tech-Branche, dann müssen die Konsumenten aus Rücksicht auf das vermeintliche amerikanische Gemeinwohl halt eben auf Innovation und Fortschritt verzichten.

Aber sicherlich wird es doch nicht so weit kommen, dass die USA in eine aggressivere Form des politischen und wirtschaftlichen Nationalismus zurückfallen, in welchem sie andere Länder im Namen des nationalen Interessens oder der wirtschaftlichen Selbstversorgung angreifen würden. Tatsächlich? Es war Donald Trump, der sagte, dass die USA, nachdem sie in den Irak einmarschiert und Saddam Hussein gestürzt hatten, die Ölfelder dieses Landes hätten «behalten» sollen, um «Feinde» daran zu hindern, diese zu benutzen. Dieses Vorgehen hätte gemäss Trump geholfen, die amerikanische Energieversorgung unabhängiger zu gestalten und hätte als Belohnung Amerikas für die Befreiung des Iraks gewertet werden können. Die Logik folgt aus der Prämisse.

Den Vereinigten Staaten drohen aufgrund der Trump'schen Ideologie und der Umsetzung seiner Visionen des politischen und ökonomischen Nationalismus zulasten der individuellen Freiheit, des Privateigentums, der Herrschaft des Rechts und des verfassungsrechtlich begrenzten Staates dunkle Zeiten.



LIBERALES INSTITUT

## Impressum

Liberales Institut  
 Rennweg 42  
 8001 Zürich, Schweiz  
 Tel.: +41 (0)44 364 16 66  
 Fax: +41 (0)44 364 16 69  
 libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf  
[www.libinst.ch](http://www.libinst.ch).

## Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.  
 Copyright 2017, Liberales Institut.